



Waldemar Westermayer

Brief aus Berlin.

*Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freundinnen und Freunde,*

17. Februar 2017

Mit Zuversicht in die nächsten Monate.

Die Parteispitzen von CDU und CSU haben sich letzte Woche in München getroffen und beschlossen, gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze in den Wahlkampf zur Bundestagswahl zu ziehen. Das ist ein wichtiges Signal der Geschlossenheit und Entschlossenheit. In diesem Bewusstsein sollten wir die nächsten Monate angehen. Entscheidend ist deshalb, welches Angebot wir den Bürgerinnen und Bürgern für die nächsten vier Jahre machen, wie wir für einen starken Staat und eine starke Wirtschaft sorgen, wie wir die ländlichen Räume lebenswert gestalten und wie wir die internationale Lage und die Europäische Union in unsicherer Zeit mitgestalten und Orientierung geben. Die Generalsekretäre von CDU und CSU wurden in München beauftragt, den Entwurf für ein Wahlprogramm zu erarbeiten.

Wir sollten aber nicht vergessen, dass es noch über sieben Monate bis zur Bundestagswahl sind. In den verbleibenden Sitzungswochen stehen noch wichtige und große Gesetzesvorhaben zur Beratung und Beschlussfassung wie die Grundgesetzänderungen, die Maut und die Vorhaben aus dem Bereich innere Sicherheit an. Hier wollen wir die Handschrift der Union deutlich machen und unser Land weiter voranbringen.

Waldemar Westermayer

Brief aus Berlin.

Wir werden uns aber auch inhaltlich mit dem SPD-Kandidaten auseinander setzen. Er hat schon für Europa die falschen Rezepte, wie etwa die Vergemeinschaftung der Schulden, und deshalb werden wir ihm auch weiter auf den Zahn fühlen – auch wenn er meint, dies als Schlammschlacht bezeichnen zu müssen. Dadurch lassen wir uns nicht beeindrucken.

Föderalismus weiterentwickeln.

In dieser Sitzungswoche beraten wir die umfassende Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat an.

Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Daneben sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungs-Infrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund, und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt.

Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030. Wir werden bei den Beratungen darauf achten, dass die Bundesinteressen gewahrt werden.

Schutz für Polizisten und Rettungskräfte weiter verbessert.

Wir setzen in dieser Woche ein unmissverständliches Signal, dass wir Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmen. Rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen.

Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der

besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

Bericht aus meinen Ausschüssen

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

In dieser Woche stand wieder einmal das Thema Düngegesetz im Mittelpunkt meiner Tätigkeit im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Nach langem Hin und Her auch innerhalb der Koalition und zwei durchgeführten Anhörungen wurde das Düngegesetz nunmehr am gestrigen Donnerstag im Bundestag beschlossen.

Insgesamt haben wir einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Umweltschutz und den Anforderungen der bäuerlichen Praxis gefunden. Das Düngerecht wird stärker regionalisiert, so dass weiter gehende Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers nur in belasteten Gebieten getroffen werden müssen.

Bei der Kontrolle, insbesondere der noch im Bundesrat zu verabschiedenden Düngeverordnung, sind jetzt die Länder gefordert.

Als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU Bundestagsfraktion habe ich gestern zu dem Thema im Plenum des Deutschen Bundestages geredet.

Wenn Sie sich meine Rede gerne anhören wollen, finden Sie die Rede unter nachfolgendem Link:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7073824#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk=&mod=mediathek>

Bei einer weiteren Veranstaltung zum Thema Milchvermarktung wurde wieder einmal klar, dass die Lösung der Probleme nur durch eine Stärkung der Erzeuger gelingen kann. Durch eine Stärkung der Erzeuger können existenzgefährdende Preiseinbrüche in der Zukunft vermieden werden.

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Am Mittwoch war im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung EU Entwicklungskommissar Neven Mimica zu Gast, um uns über die neueren Entwicklungen in der Entwicklungspolitik der EU zu informieren.

Ein Schwerpunkt war in der Diskussion die Weiterführung des sogenannten Cotonou-Abkommens (AKP-Vertrag), das 2020 ausläuft. Das Partnerschaftsabkommen schafft den Rechtsrahmen für eine umfassende zwanzigjährige Partnerschaft zwischen 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, und der EU und ihren Mitgliedstaaten, das den Handel, die politischen Beziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit einschließt.

Hierzu vertritt der Kommissar die Position, dass es das Dachabkommen des AKP-Vertrags weiter geben muss, aber das regionale Säulen im Vertrag den einzelnen Regionen mehr Flexibilität einräumen sollen. Das ist meiner Meinung nach ein sinnvoller und auch nachhaltiger Ansatz, dass es bei den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten große sektorale Unterschiede beim Entwicklungsbedarf gibt.

Ebenso betonte Entwicklungskommissar Mimica, dass Kohärenz das vorherrschende Prinzip im außen- sicherheits und finanzpolitischen Engagement der EU sein muss, um entwicklungspolitische Maßnahmen nachhaltig durchzusetzen.

Ein spannender entwicklungspolitischer Termin fand in dieser Woche am Mittwoch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung statt: Zum Thema „Globalisierung gerecht gestalten“ veranstaltete Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller ein Zukunftsforum gemeinsam mit Bundespräsident a.D. Horst Köhler. Gemeinsam stellten sie die Wichtigkeit der neuen Afrika-Strategie der Bundesregierung vor.

Der Altbundespräsident hielt eine brennende Rede für den Chancenkontinent Afrika und betonte, dass wir „Kapitalabflüsse aus Afrika stoppen müssen, fairen Handel schaffen und den Klimawandel bekämpfen, dafür braucht es politischen Mut und es ist auch ein innenpolitisches Anliegen“.



Nachtrag: Delegationsreise des AwZ nach Laos und Kambodscha

Anfang Februar besuchte ich mit einer fraktionsübergreifenden Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Länder Laos und Kambodscha, um dort Projekte im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu besuchen. Kambodscha ist Partnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Südostasien.

Deutschland gehört zu den wichtigsten bilateralen Gebern auf Zuschussbasis. Laos ist ein Schwerpunktland deutscher Entwicklungszusammenarbeit, die sich besonders auf ländliche Entwicklung in den armen Bergregionen des Landes und die Unterstützung bei der Integration der laotischen Wirtschaft in die ASEAN Economic Community (AEC) konzentriert. Ebenso standen verschiedene politische Gespräche auf dem Programm, wie unter anderem mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten von Laos, Dr. Phankham Viphachan.

Außerdem besuchten wir ein Gefängnis in Kambodscha und sprachen dort mit politischen Oppositionellen. Bei einer Reise nach Kambodscha darf ein Besuch des Denkmals an die

Schreckensherrschaft der Roten Khmer nicht fehlen. Gemeinsam legten wir eine Lotusblüte gegen das Vergessen ab. Wie die Geschichte zeigt, sind Demokratie und Rechtsstaat keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen jeden Tag aufs Neue errungen und verteidigt werden.

Ein sehr nachhaltiges Projekt, wie ich finde, war der Besuch einer Schule in Vientiane, der Hauptstadt von Laos. Die Schule wird von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit unterstützt. In Laos ist die Müllentsorgung von Plastik ein großes Problem, von dem besonders der Mekong betroffen ist. Ziel des Projektes ist es, die Schüler möglichst früh für das Thema Müllentsorgung zu sensibilisieren. Nur durch Aufklärung lässt sich die Situation verbessern.



Meine fünfte Praktikumswoche bei MdB Waldemar Westermayer war wieder eine der 22 Sitzungswochen im Deutschen Bundestag.

Auch in dieser Woche unterstützte ich Frau Hamm bei der täglich anfallenden Posteingangsbearbeitung.

Montagsmorgen stellte ich meine Recherche über das Betriebsrentenstärkungsgesetz, die ich bereits letzte Woche bearbeitet hatte, fertig. Das Betriebsrentenstärkungsgesetz wird Anfang März im Plenum des Deutschen Bundestages verhandelt.

Am Dienstag war ich in der AG Ernährung und Landwirtschaft; hier wurde die Ausschusssitzung für den nächsten Tag und das Plenum für diese Woche vorbereitet. Außerdem wurden verschiedene Berichte vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zum Thema Hochwasserschutzgesetz II, Energiesteuer- und Stromsteuergesetz sowie Geflügelpest besprochen. Nachmittags habe ich die Geburtstagsglückwünsche an verschiedene MdBs für

den Monat März vorbereitet. Am Abend durfte ich dann mit Herrn Westermayer auf verschiedene Empfänge gehen. Als Erstes waren wir beim Geburtstagsempfang des Parlamentarischen Staatssekretärs Fuchtel; dieser fand im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung statt. Hier wurden einige Reden gehalten. Ebenfalls anwesend war Minister Dr. Gerd Müller. Die zweite Station an diesem Abend war bei der Asian Development Bank (ADB). Danach fuhren wir mit dem Fahrdienst von Herrn Westermayer zum Jahresempfang der deutschen Genossenschaften, der in der DZ Bank am Pariser Platz stattfand. An diesem Tage habe ich sehr viele Erfahrungen sammeln dürfen und konnte mir einen guten Eindruck verschaffen, wie ein Tag eines Abgeordneten abläuft.

Mittwoch begann um 9.00 Uhr mit dem Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft. Es wurden 15 Tagesordnungspunkte besprochen. TOP 1 beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften. Herr Westermayer hatte hier einen Redebeitrag von 3 Minuten. Bei einigen TOPs wurde abgestimmt, andere sind nur zu Protokoll gegeben worden und weitere wurden zur Kenntnisnahme behandelt.

Donnerstagmorgen war wieder um 8.40 Uhr die christliche Andacht im Reichstagsgebäude. Es bot mir eine schöne Atmosphäre, und ich konnte entspannt in den Tag starten. Danach holte ich die Plenarkarte für Freitagmorgen im Jakob-Kaiser-Haus ab. Am späten Vormittag ging ich mit Frau Spoo zur Blutspendeaktion im Deutschen Bundestag. Nachdem wir gespendet hatten, gab es vor Ort noch eine kleine Verpflegung.



Der letzte Tag dieser Woche begann für mich mit dem Besuch der Plenarsitzung zum Thema „Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“, außerdem wurde ZP 8, TOP 5 zum Thema „Managergehälter“ verhandelt.

Meine fünfte Woche im Deutschen Bundestag war sehr interessant, aufschlussreich und hat viel Spaß gemacht. Ich freue mich schon auf die weiteren Wochen bei MdB Waldemar Westermayer.

Viele Grüße,

Rebecca Eisele aus Aulendorf

Waldemar Westermayer

Brief aus Berlin.

Ihr,

Waldemar Westermayer

Auf meiner Internetseite finden Sie viele Termine, um mit mir ins persönliche Gespräch zu kommen.

Oder Sie vereinbaren in dringenden Fällen einen Telefontermin unter 030/ 227 79253.

Waldemar Westermayer

Brief aus Berlin.